

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Lehment, Harmen

Book Review

[Book Review of] Stabilität durch das EWS : Koordination u. Konvergenz im Europ. Währungssystem, Scharrer, Hans-Eckart ... (Hrsg.), Bonn, Europa-Union-Verl., 1987

Weltwirtschaftliches Archiv

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Lehment, Harmen (1988) : [Book Review of] Stabilität durch das EWS : Koordination u. Konvergenz im Europ. Währungssystem, Scharrer, Hans-Eckart ... (Hrsg.), Bonn, Europa-Union-Verl., 1987, Weltwirtschaftliches Archiv, ISSN 0043-2636, Vol. 124, Iss. 3, pp. 597-600, <http://hdl.handle.net/10419/2149>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

initiative in the provision of public services to the detriment of the economic and social welfare of the populace: persistent inflation has discouraged savings, price controls have magnified investment risks, bureaucratic requirements have stifled the entrepreneurial spirit (in Peru, for example, to register a corporation takes two years), the political determination of prices “in the public interest” has had the disastrous result of discouraging the suppliers and creating shortages. The wider reliance on market pricing would raise the incentives to new suppliers and lead to a more accurate revelation of preferences, but is hindered by the fact that pricing eliminates fiscal illusion, reduces the degrees of freedom of political decision makers, and hence does not become viable from an electoral point of view.

Thus, whether the pendulum would continue on its swing towards entrusting the private sector with the provision of public services would depend to a large extent on how and whether the technical subtleties of collective good provision, externalities, transaction costs, monopoly behavior, and problems of equity and income distribution can be freed from bureaucratic, political and ideological considerations. They need to be addressed from the mind rather than the heart, and the conquest of the former over the latter will in the final analysis enlarge the heart.

This book is a perfect first step in putting the interested reader, individual, national or international agency alike, onto this right path.

Suphan Andic

Scharrer, Hans-Eckart, Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Stabilität durch das EWS? Koordination und Konvergenz im Europäischen Währungssystem.* Bonn 1987. Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik, Band 64. Europa-Union-Verlag. XVII, 487 S.

Kleinheyer, Norbert, *Die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems. Überlegungen zur stabilitätsorientierten Ausgestaltung der „Zweiten Stufe“.* Berlin 1987. Veröffentlichungen des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung, Band 24. Duncker & Humblot. 233 S.

I.

Der von Hans-Eckart Scharrer und Wolfgang Wessels herausgegebene Sammelband enthält 14 Beiträge, die sich mit verschiedenen Aspekten der Koordination und Konvergenz im Europäischen Währungssystem (EWS) befassen.

Wolfgang Harbrecht und Jürgen Schmidt weisen darauf hin, daß die vom EWS ausgehenden Konvergenzwirkungen im wesentlichen auf eine Konvergenz der monetären Entwicklung beschränkt sind. Auf der Grundlage ihrer empirischen Untersuchungen kommen sie – ähnlich wie auch Ulrich Hombrecher in seinem Beitrag – zu dem Ergebnis, daß sich die Inflationsdivergenzen zwischen den EWS-Mitgliedsländern zurückgebildet haben. Diese Entwicklung ist ihrer Ansicht nach jedoch eher auf eine weltweite Neubewertung des Stabilitätsziels als auf die Gründung des EWS zurückzuführen, was sich daran zeigt, daß die Stabilitätserfolge mehrerer Nicht-EWS-Staaten in diesem Zeitraum mit denen im EWS durchaus vergleichbar waren. Erreicht wurde die Wechselkursstabilität in den ersten Jahren des EWS – wie Hans Pfisterer in seinem Aufsatz zeigt – allerdings nur um den Preis zusätzlicher Kapitalverkehrskontrollen und einer damit verbundenen Desintegration des EG-Kapitalmarkts.

Ein Konvergenzdruck des EWS auf andere Bereiche der Wirtschaftspolitik war in der Vergangenheit nicht erkennbar. Dies gilt sowohl für die Fiskalpolitik als auch für eine gemeinsame Währungspolitik gegenüber dem US-Dollar, wie die Beiträge von Rolf Caesar und Elke Thiel zeigen. Dabei kann man – wie Wolfgang Cezanne es in seinem einführenden Beitrag tut – die grundsätzliche Frage stellen, inwieweit eine über den monetären Bereich hinausgehende Koordination notwendig oder überhaupt nützlich ist. Dies gilt auch für die von Hans R. Krämer und Wolfgang Wessels behandelte Frage, inwieweit EG-Institutionen aktiv auf eine weitergehende Konvergenz hinwirken können und sollten.

Betrachtet man den Währungsmechanismus des EWS, so haben sich, wie Karl Knappe zeigt, in den letzten Jahren eine Reihe von Schwierigkeiten ergeben, die auf die einseitige Fixierung des EWS auf den Wechselkurs und auf die fehlende Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Geldwertstabilität und zur Freiheit des Kapitalverkehrs zurückzuführen sind. Diese Probleme könnten sich in den nächsten Jahren noch verstärken, wenn Spanien und Portugal dem EWS beitreten – ein Thema, das in einem Beitrag von Rainer Hellmann eingehend behandelt wird.

Einige Autoren des Sammelbandes machen gezielte Vorschläge zur Verbesserung des derzeitigen Koordinationsmechanismus im EWS. Alfred Steinherr empfiehlt, daß die EG-Mitgliedsstaaten ein gemeinsames Inflationsziel formulieren und kompatible Muster von strukturellen Haushaltsdefiziten vereinbaren sollten. Allerdings wirft die Realisierung dieser Vorschläge eine Reihe von Fragen und Problemen auf. Wie soll beispielsweise das gemeinsame Inflationsziel formuliert werden? Legt man die jeweiligen nationalen Preisindizes zugrunde, so ergibt sich das Problem, daß im Fall von realen Wechselkursänderungen ein gemeinsames Inflationsziel mit dem gleichzeitigen Ziel fester Wechselkurse zwischen den einzelnen EWS-Währungen nicht vereinbar ist. Legt man statt der nationalen Preisindizes einen Warenkorb für den europäischen Durchschnitt zugrunde, so müßte zunächst geklärt werden, wie dieser Korb genau aussehen soll. Ein gemeinsames Inflationsziel für diesen Warenkorb würde zudem nur dann Sinn machen, wenn man sich zuvor auf unwiderruflich fixierte Wechselkurse verständigt. Ansonsten wäre es möglich, daß die einzelnen Mitgliedsstaaten durch eine Abwertung oder Aufwertung ihrer Währungen im EWS eine Preisentwicklung in ihrem Land herbeiführen, die von dem gemeinsamen Inflationsziel abweicht. Hinsichtlich des Vorschlags zur Fiskalpolitik stellt sich die Frage, was man konkret unter dem Begriff „kompatible strukturelle Haushaltsdefizite“ zu verstehen hat. Steinherr stellt hier offensichtlich auf eine Koordination der Fiskalpolitik ab, die darauf gerichtet ist, optimale oder zumindest akzeptable Pfade für die Leistungsbilanz zu erreichen. Allerdings wirft dies die nächste Frage auf: Was bedeutet „optimale“ oder „akzeptable“ Leistungsbilanz? Und worin besteht die ökonomische Rechtfertigung für eine leistungsbilanzorientierte Fiskalpolitik? Sollen Länder mit relativ hoher privater Sparquote (und einer daraus resultierenden Überschustendenz der Leistungsbilanz) höhere strukturelle Budgetdefizite haben als Länder mit relativ niedriger Sparquote? Soll die Regierung eines Überschußlandes ihr Budgetdefizit mit Blick auf die Leistungsbilanz auch dann erhöhen, wenn dies langfristig zu zusätzlichen zinsbedingten Ausgabenbelastungen und einem damit verbundenen Anschwellen des Staatsanteils führt? Hier ergeben sich – wie auch die Diskussion um eine weltweite Koordination der Fiskalpolitik in den letzten Jahren gezeigt hat – eine Vielzahl von Schwierigkeiten, die das Konzept einer leistungsbilanzorientierten Fiskalpolitik als Irrweg erscheinen lassen.

Wolfgang Filc spricht sich in seinem Beitrag dafür aus, daß die Währungsbehörden auf reale Wechselkursänderungen im EWS anders reagieren sollten als auf rein nominale Wechselkursänderungen. Wechselkursänderungstendenzen im EWS, die ihren Grund in unterschiedlichen Inflationsraten der einzelnen Mitgliedsländer haben, sollten durch Änderungen der Leitkurse aufgefangen werden. Einem darüber hinausgehenden Aufwertungsdruck sollte durch Interventionen begegnet werden. Dieses Konzept ähnelt dem Vorschlag einer „realen Wechselkursschlange“, den die OPTICA-Gruppe Mitte der siebziger Jahre vorgelegt hatte. Filc weist allerdings darauf hin, daß im Rahmen seines Vorschlags auch reale Wechselkursänderungen erfolgen können; dies geschieht dann, wenn die Inflationsrate in dem Land mit der realen Aufwertungstendenz relativ hoch ist. In diesem Fall kann sich die reale Aufwertung bei konstantem nominalen Wechselkurs vollziehen, ohne daß es im EWS zu Wechselkursspannungen kommt. Ein Problem entsteht dann, wenn sich eine reale Aufwertungstendenz für ein Land mit einer relativ niedrigen Inflationsrate ergibt. In diesem Fall kommt es auch zu einem Druck auf den nominalen Wechselkurs; reagiert die Notenbank des betreffenden Landes hierauf mit Interventionen und einer Expansion ihrer Geldmenge, so würde dies mittelfristig dazu führen, daß die Inflationsrate über das angestrebte Maß hinaus steigt. Dieser Aspekt kommt in dem Beitrag von Filc zu kurz.

Norbert Kleinheyer macht einige Vorschläge zur Verbesserung des Abweichungsindikators im EWS. Er empfiehlt, die Schwelle für den Abweichungsindikator von derzeit 75 auf 60–65 vH abzusenken (eventuell sogar auf 40–50 vH) und intramarginale Interventionen auf spezielle Fälle zu beschränken oder ganz einzustellen – ein Vorschlag, der in deutlichem Gegensatz zu der kürzlich in Nyborg getroffenen Vereinbarung steht, durch die die Möglichkeiten zur Finanzierung intramarginaler Interventionen ausgeweitet wurden.

II.

Kleinheyer ist auch Verfasser einer umfangreichen Studie über die Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems. Darin stellt er zunächst die Zielsetzung des EWS und die bisherigen Erfahrungen dar und diskutiert anschließend verschiedene Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des EWS. Erörtert werden dabei verschiedene Konzepte:

- eine Vereinbarungslösung, bei der an die Stelle der nationalen, unabhängig voneinander festgelegten Ziele eine Vereinbarung zwischen den EWS-Ländern treten soll;
- eine Leitwährungslösung, bei der eine der bisherigen EWS-Währungen das Tempo der monetären Expansion im EWS vorgibt;
- eine ECU-Leitwährung oder ECU-Kernwährungslösung, bei der das Tempo der monetären Expansion durch eine zu schaffende Europäische Zentralbank bestimmt wird, wobei die einzelnen Landeswährungen noch bestehen bleiben;
- eine ECU-Einheitswährung.

Dabei zeigt Kleinheyer eine Präferenz für die ECU-Kernwährungslösung, bei der – analog zur Goldkernwährung – ECU nur unter Notenbanken verwendet werden. Allerdings treten dabei – wie Kleinheyer zeigt – insbesondere bei dem Übergang zu einem solchen System eine Reihe von Problemen auf, so daß sich die Frage stellt, ob es in diesem Fall nicht zweckmäßiger ist, gleich den „qualitativen Sprung“ hin zu einer europäischen Einheitswährung zu machen. Neben den hier angesprochenen Strategien für eine währungspolitische Integration werden auch eine Reihe von Detailvorschlägen

zur Verbesserung der technischen und organisatorischen Funktionsfähigkeit des EWS behandelt; hierzu rechnen

- die Errichtung eines europäischen Währungsfonds,
- die Konsolidierung des Kredit- und Beistandsmechanismus,
- die Veränderung des Interventionssystems und
- die Harmonisierung der nationalen Wirtschaftspolitiken.

Angesichts der derzeit wieder intensiver geführten Diskussion über den künftigen Kurs der europäischen Währungspolitik gibt die Studie von Kleinheyer eine nützliche und umfassende Darstellung der verschiedenen Optionen.

Harmen Lehment

Scheuer, Markus, Zur Leistungsfähigkeit neoklassischer Arbeitsmarkttheorien. Bonn 1987. Verlag Neue Gesellschaft. 172 S.

Ausgehend vom Phänomen der sich hartnäckig haltenden „Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau“ (S. 9) will Scheuer zeigen, „daß die Arbeitsmarkttheorie noch weit davon entfernt ist, das ihre bei der Diagnose von Arbeitslosigkeit getan zu haben“ (S. 10). Arbeitslosigkeit ist eben kein rein politisches, sondern darüber hinaus ein noch immer eminent theoretisches Problem, und die Arbeitsmarkttheorie darf sich – angesichts divergenter Ansätze, die den Widerspruch zwischen Fakten und Ideen nicht aufzuheben vermögen (Thurow) – nicht aus ihrer Verantwortung für das praktische Problem der Arbeitslosigkeit zurückziehen (S. 12).

Seinen Beitrag dazu will Scheuer leisten, indem er die brauchbaren von den unbrauchbaren Elementen der Neoklassik trennt, um so Ansatzpunkte für eine fruchtbare Weiterentwicklung der Arbeitsmarkttheorien zu gewinnen. Dementsprechend gliedert sich seine Analyse in drei Kapitel. Im ersten soll am Beispiel der *Segmentationstheorien* gezeigt werden, daß das *ökonomische Rationalitätsprinzip* der Neoklassik nach wie vor ein tragfähiges und nicht wegzudenkendes Analyseinstrument mit hoher Erklärungskraft ist. Das zweite Kapitel will demgegenüber nachweisen, daß das *Gleichgewichtsdenken* völlig verfehlt ist und zum Teil zu fatalen Schlußfolgerungen führt. Im dritten Teil schließlich versucht Scheuer zu zeigen, daß die in jüngster Zeit entwickelten *Effizienzlohntheorien* realitätsgerechtere Ansätze enthalten.

Dem institutionalistischen Ansatz der *Segmentationstheorien* ist eigen, daß er auf Strukturen des Arbeitsmarktes insgesamt hinweist, die nicht primär ökonomisch erklärt werden können. Nun ist es freilich nicht schwer nachzuweisen, daß sich Individuen im Rahmen gegebener und von ihnen nicht oder zumindest nicht kurzfristig änderbarer Strukturen am eigenen Nutzen orientieren, ja sich sogar so verhalten müssen, wenn sie massive Nachteile vermeiden wollen. Dies gilt selbstverständlich auch für das Verhalten innerhalb einzelner Arbeitsmarktsegmente. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß dies der zentrale methodologische Ansatz der Neuen Politischen Ökonomie ist, der sich als außerordentlich ergiebig erwiesen hat.

Unbestritten ist weiterhin, daß es in der Realität einer sich permanent fortentwickelnden Wirtschaft ein Gleichgewicht im theoretischen Sinne der Neoklassik nicht gibt. Wachstum und Fortschritt leben gerade von immer wieder schöpferisch hervorgerufenen Ungleichgewichten. Insofern kann man den Wirtschaftsprozeß als eine nie endende Aneinanderreihung von Ungleichgewichtssituationen begreifen. Dies wird vom Gleichgewichtsdenken der Neoklassik auch nicht geleugnet. Entscheidend ist vielmehr, daß schon recht rasch nach Störungen in einer als halbwegs ausgeglichen